

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern am 13. - 15. November 2009 in Weiden/Schwandorf</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A 76</p> <p><b>Maßnahmen gegen Amokläufe</b></p>	<p><u>Landesausschuss</u>_____</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Junge Union BV Niederbayern</b></p>	<hr/>

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

- Mehr Schulpsychologen
- Blockierung von Sportschützenwaffen außerhalb der Schießbahn
- Biometrische Waffensicherung für Jäger
- Mindestalter für Großkaliber auf 18 erhöhen
- Gelbe WBK und Vereinsaktivität akzessorisch
- Längere Vereinsaktivität als Voraussetzung für WBK
- Keine Kurzwaffen und limitierte Anzahl von Langwaffen für Jäger
- Waffenspfand zur effektiven Austrocknung des illegalen Waffenmarktes
- Gesellschaftliche Integration durch Kooperation zwischen Schulen und Jugendorganisationen
- Notfallstrategien für Gewalt an Schulen
- Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für mediale Gewalt.

**Begründung:**

Prävention durch die Verminderung von Risikofaktoren

Legale Waffen

### Sicherung der Waffen im Privathaushalt und deren Kontrolle

Nur ein Drittel aller Waffen in Deutschland sind legale Waffen. Die Besitzer jener Waffen haben im Zuge ihres WBK- und Waffenscheinerwerbs bereits ihre Tauglichkeit bei den Behörden unter Beweis gestellt. Diese Waffenbesitzer sind für den Staat greifbar und kontrollierbar. In Anbetracht dessen, dass Deutschland eines der schärfsten Waffenrechte hat, ist eine Verbesserung der Sicherheit hier nicht in der Verschärfung des Gesetzes, sondern in der verbesserten Einhaltung zu erreichen.

### Sportschützen und Reservisten

Für das Bedürfnis von Sportschützen und Reservisten am Waffenbesitz wäre eine Sicherungslösung durch Abzugsschlösser praktikabel. Jene Schlösser müssten mit einem Zylindersystem betrieben werden, welches nur mit 2 Schlüsseln zu öffnen ist. Ein individueller Schlüssel für den Besitzer und ein Generalschlüssel pro Dachverband, welcher von den Standaufsichten vor Ort verwaltet wird.

Die Benutzung der Waffen wird hier nur eingeschränkt, wo sie nicht erfolgen soll – außerhalb der Schießstände. Es ermöglicht die sorgfältige Wartung der Waffe zuhause, welche wichtig für den sicheren Betrieb ist.

Zudem wäre diese Sicherung zumutbarer und sicherer als ein teureres biometrisches Schloss oder die unangemeldeten staatlichen Kontrollen der privaten Haushalte.

### Jäger

Für die Bedürfnisse der Jäger, welche jederzeit unabhängigen Zugriff auf ihre Waffe brauchen, wäre die biometrische Waffensicherung praktikabler. Eine Kontrolle müsste hier von staatlicher Seite erfolgen. Diese muss zwar dem Interesse der allgemeinen Sicherheit Rechnung tragen, aber sie darf die Grundrechte der Jäger nicht unverhältnismäßig verletzen oder sie unter Generalverdacht stellen.

Mindestalter für großkalibrige Waffen erhöhen. Das Mindestalter für die Benutzung großkalibriger Waffen am Schießstand sollte von 14 auf 18 Jahre mit Einverständnis der Eltern angehoben werden.

### Gelbe WBK an Vereinsaktivität gebunden

§8 des Waffengesetzes fordert bereits ein Bedürfnis für Waffenbesitz von Sportschützen. Dieses Bedürfnis kann nicht gegeben sein, wenn ein Sportschütze mit WBK

unverhältnismäßig lange kein Mitglied in einem Schützenverein ist oder den Schießsport über einen langen Zeitraum nicht ausübt. Der Entzug der WBK muss nach vorheriger Androhung in diesen Fällen möglich sein, jedoch muss dem Waffenbesitzer Möglichkeit zur Rechtfertigung gegeben werden (lange Krankheit, Auslandsaufenthalt etc.).

Das Feststellen der Mitgliedschaft und Aktivität kann in Zusammenarbeit mit den Schützenverbänden erfolgen. Jene würden im Gegenzug von einer höheren Vereinsaktivität wirtschaftlich und gesellschaftlich profitieren.

#### Antrag auf WBK ab dem Leistungsabzeichen in Bronze

In Bayern ist nicht einheitlich geregelt ab welcher Vereinsaktivität eine Bedürfnisbescheinigung von einem anerkannten schießsporttreibenden Verband ausgesprochen wird, welche man zum Erwerb der WBK benötigt.

Einige Schützenvereine haben die Regelung, dass ein Mitglied erst ab dem Erreichen des Leistungsabzeichens in Bronze jenes Bedürfnis hat. Diese Regelung ist sehr vernünftig, da der Bewerber für die WBK so oft am Schießstand über einen langen Zeitraum trainieren müssen, was dazu führt, dass sich die Organe des Vereins so ein Bild über die Persönlichkeit machen können und gegebenen Falls die Erteilung der WBK verhindern können. Zudem ist der Waffenbesitzer so auch im sicheren Umgang mit der Waffe geschult und kann mit ihr umgehen.

Eine bayernweit einheitliche Regelung würde auch den Schützenvereinen nützen, da das Vereinsleben so gefördert wird und die neuen Mitglieder durch den häufigen sozialen Kontakt in die Vereinsgemeinschaft eingebunden werden.

#### Restriktion der grünen WBK für Jäger

Die grüne WBK erlaubt es Jägern bis zu zwei mehrschüssige Kurzwaffen zu besitzen. Dieses Bedürfnis wird damit begründet, dass diese für den sogenannten Fangschuss geeignet sind. Kritisch ist jedoch, dass Jäger in der Regel nicht die nötige Übung im Umgang mit Kurzwaffen haben. Deshalb wird von vielen Jägern auch im Sinne des Tierschutzes der Repetierer als geeigneter erachtet. Dieser ist auch aus dem Aspekt der allgemeinen Sicherheit weniger bedenklich, da dieser ein Einzellader ist.

Ohne das Engagement der Jäger im Freistaat könnte man den Natur- und Tierschutz in unseren Wäldern niemals mit jener hohen Sorgfalt betreiben wie dies in Bayern geschieht. Das Gewehr des Jägers ist ein Werkzeug um den Wildbestand zu regulieren und so unsere Natur zu schützen. Fraglich ist jedoch wie hoch die Anzahl der Gewehre pro Jäger sein muss. 4 Gewehre sollten ausreichend sein um das Bedürfnis nach der geeignetsten Langwaffe für die jeweilige Art der Verwendung zu decken.

## Illegale Waffen

### Waffenpfand

Circa zwei Drittel der Waffen in Deutschland sind illegale Waffen. Sie stellen eine enorme Gefahrenquelle dar, denn der Staat hat keinerlei Kontrolle über sie. Um die Gefahr einzudämmen wäre eine regelmäßige, befristete Amnestie förderlich, welche die straffreie Abgabe der illegalen Waffen ermöglicht.

In der Vergangenheit wurde diese Maßnahme bereits des Öfteren durchgeführt, jedoch mit mäßigem Erfolg, da zwar illegale Waffen und verbotene Gegenstände abgegeben wurden, aber hauptsächlich Waffen mit geringem Gefahrenpotenzial.

Um auch großkalibrige Waffen freiwillig von ihren illegalen Besitzern zu bekommen müsste zusätzlich ein pekuniärer Anreiz geschaffen werden. Mit der Einführung eines Waffenpfandes mit einem Wert wie auf dem legalen Markt wäre es möglich, die illegalen Besitzer durch die Straffreiheit zur Abgabe zu bewegen, obwohl der Preis für jene Waffen auf dem illegalen Markt um ein Vielfaches höher ist. Somit ist das Waffenpfand in dieser Relation nicht als Belohnung illegalen Handelns zu sehen, sondern als einzig praktikables Mittel.

Prävention durch die Verstärkung von Schutzfaktoren

### Prävention an Schulen

#### Psychologische Betreuung der Schüler

#### Aktive Integration von Außenseitern

Die Schule hat die Hauptaufgabe zu bilden, die Außenseiter hier aktiv in ihren Klassen zu integrieren kann von ihr gar nicht geleistet werden. Aus diesem Grunde sollten die bayerischen Schulen enger mit den Vereinen und Jugendorganisationen vor Ort zusammenarbeiten. Die Schüler sollten generell über ihre Möglichkeiten in diesem Sektor informiert sein und besonders bei Außenseitern sollte ein Schulpsychologe oder Vertrauenslehrer aktiv mit dem betroffenen Jugendlichen nach einem Interessengebiet suchen, wo er sich in seiner Freizeit mit anderen Jugendlichen engagieren und sozialisieren kann. Es ist enorm wichtig für die Reifung des Charakters, dass Jugendliche ihre Talente finden und die Anerkennung Gleichaltriger erhalten.

#### Einsatz von Schulpsychologen

In Bayern gibt es zu wenige Schulpsychologen, besonders die Realschulen sind dramatisch unterversorgt. Für eine ausreichende Versorgung der Schulen wäre 1 Anrechnungsstunde pro 200 Schüler angemessen.

Durch Einzelfallhilfe können sie den Schüler in akuten Krisen, mit Verhaltensauffälligkeiten und Persönlichkeitsproblemen gezielt helfen.

Hilfreich ist auch die Beratung der Schulverwaltung in Konfliktfällen.

Schulpsychologen arbeiten mit dem Jugendamt und Jugendpsychiatern zusammen und können so weitergehende Maßnahmen initiieren.

Die Betreuung durch einen Schulpsychologen kann zwar keine Garantie gegen Amokläufe geben, aber sie ist ein existenzieller Schritt für weniger Gewalt an Schulen.

#### Notfallstrategien für Gewalttaten an Schulen

Die Schulen sollten dem Beispiel der Albertville-Realschule in Winnenden folgen und eine Notfallstrategie für Gewalttaten ersinnen, um durch eine konkludente Handlung oder Ähnliches möglichst schnell alle Lehrer in Alarmbereitschaft versetzen zu können.

#### Pädagogik und Psychologie als Pflichtfächer in der Lehrerausbildung

Pädagogik und Psychologie sind noch keine Pflichtfächer für alle Lehramtsstudenten. Jeder Lehrer sollte Kenntnisse in diesen Bereichen haben, um Problemfälle in den Klassen erkennen zu können.

#### Mediale Gewalt

##### Kein Verbot von Killerspielen

Unbestritten hat die Gewalt in den Medien einen Einfluss auf alle, die sie konsumieren, jedoch ist eine lineare Kausalität zwischen ihr und tatsächlichen Gewalttaten auszuschließen, weshalb ein Verbot von Killerspielen keine Amokläufe verhindern wird. Trotz eines Verbotes in Deutschland wäre es ein Leichtes sich diese Spiele über das Internet zu besorgen.

Ein Verbot wäre folglich sinnlos und würde die Problematik der Amokläufe nicht entschärfen.

### Staatliche Aufklärung

Die Einrichtung der FSK, welche Jugendliche vor medialer Gewalt schützen soll, ist diskutabel. Die Kontrolle ihrer Einhaltung ist zwar wichtig, jedoch verhindert sie nicht den Zugriff von Jugendlichen auf mediale Gewalt durch das Internet.

Eine weitere Bevormundung durch ein anderes Instrument neben der FSK kann dies ebenfalls nicht verhindern. Abhilfe kann nur die Erkenntnis der Eltern schaffen, dass sie Verantwortung dafür tragen, ob und wie intensiv sie ihre Kinder der medialen Gewalt aussetzen.

Ein Problem hierbei ist, dass Eltern oft nicht wissen, was an Brutalität in PC-Spielen, Filmen oder auch Musiktexten steckt. Auch muss man die Eltern über die neuen Internetmedien aufklären und ihnen vermitteln, dass man auch dort Inhalte mit brutaler Gewalt konsumieren kann.

Hier muss der Staat Abhilfe schaffen durch gezielte Verbraucherinformationen der Ministerien an die Eltern.

Die Erziehung der Jugendlichen ist Sache der Eltern und im 21. Jahrhundert gehört das Erlernen von Medienkompetenz dazu. Zudem kennen die Eltern ihr Kind am besten und wissen somit, ob es mit der gezeigten Gewalt umgehen kann.

Eine weitere Konsequenz dieser Aufklärung ist ein verändertes Verbraucherverhalten. Sobald die Nachfrage für Killerspiele sinkt und Eltern anfangen pädagogisch wertvollere Produkte zu kaufen, wird sich der Markt dem anpassen müssen, um weiterhin Profit machen zu können.

### Mittelbare Sensibilisierung

Die Politik sollte ihren Einfluss in Medienbeiräten dazu nutzen, dass die Thematik der Medienkompetenz von Eltern öfter erörtert wird. Damit soll eine Sensibilisierung für das Thema erreicht werden und eine öffentliche Meinung, die den unkontrollierten Konsum von Gewalt durch Jugendlichen unter den Augen der Eltern zu einem gesellschaftlichen Tabu macht.

### **Votum der Antragskommission:**

Überweisung an den Arbeitskreis Inneres und Recht für ein Gesamtkonzept.